

i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 292

27. August 2003

9. Jahrgang

Maquilas: auf der Suche nach sicheren Nischen

Die *maquilas*, wie die Textilfabriken auf Spanisch genannt werden, und die allein in Mittelamerika über 400 Tausend Arbeitsplätze stellen, sind einer der Wirtschaftssektoren, die in den letzten Jahren in diesen Ländern die grössten Erwartungen geweckt haben. Diese Art der Bekleidungsindustrie ist ein strategischer Sektor, über den auf regionaler Ebene im Rahmen der Verhandlungen des Freihandelsabkommens TLC zwischen Zentralamerika und den USA immerhin ein gewisses Einvernehmen herrscht. Dennoch hängt die Zukunft dieses Wirtschaftszweiges von mehr als einer erfolgreichen Verhandlung mit den Vereinigten Staaten ab. Für die in den *maquilas* Arbeitenden bringen die angestrebten Veränderungen vor allem noch mehr Nachteile mit sich, doch dies spielt in der Diskussion um die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors keine ausschlaggebende Rolle. *Inforpress Centroamericana* erläutert im folgenden Artikel die Situation.

Zu den besorgniserregenden Faktoren, die neben den aktuellen Verhandlungen der Freihandelsabkommen, v.a. mit den USA, ihren Schatten auf den Export von fabrikgefertigter Kleidung werfen können, gehören: die wachsende asiatische Konkurrenz, die Zukunft der nordamerikanischen Wirtschaft, auf deren Markt 95% der weltweit in *maquilas* produzierten Bekleidung geschickt wird, sowie die Fähigkeit der zentralamerikanischen ProduzentInnen, ihre Geschäfte zu modernisieren, was unvermeidliche Auswirkungen auf die Arbeitsbeziehungen in den Fabriken haben wird.

Zusammengefasst: Die Zukunft der zentralamerikanischen *maquilas* ist unsicher, obwohl sie für die BefürworterInnen der Globalisierung den Stern an ihrem Himmel darstellt.

Der Klang von grossen Schritten

Während der Abschlussveranstaltung des Zentralamerikanischen Gipfels der *maquila*-BetreiberInnen, genannt „Full Package Summit“, der im Juli in San Salvador stattfand, wurde das Freihandelsabkommen TLC (bzw. CAFTA auf Englisch) von den ReferentInnen kaum erwähnt. Die Hauptsorge des Sektors ist es, die Textil-Industrie so anzupassen, dass sie in einer mehr und mehr wettbewerbsorientierten, globalisierten Wirtschaft überleben kann. Wichtigstes Ziel ist dabei der US-amerikanische Markt, der jedoch auch immer weniger dynamisch ist.

Obwohl die AnalystInnen von VESTEX, der Vereinigung der guatemaltekischen *maquila*-BetreiberInnen, erwarten, dass das TLC einen Anstieg der Bedeutung des Exports und der gefertigten Bekleidung mit sich bringen wird, wird der Mehrwert der Kleidungsstücke nicht in gleichem Masse wachsen, da die notierten Preise aufgrund der starken Konkurrenz aus China und Vietnam täglich fallen. In diesen Ländern werden Gehälter gezahlt, die weit unter den weltweiten Standards liegen. Seit 2000 läuft das Wachstum des Kleidungsexports der Volksrepublik China Hand in Hand mit dem Exporteinbruch für die mexikanischen *maquilas*.

Gleichzeitig beträgt der zentralamerikanische Anteil am Weltmarkt der Bekleidungsindustrie seit 1999 16%, wobei über die Zahlen zur Berechnung des Wirtschaftsvolumens gestritten wird.

Die Eingliederung Chinas in die Welthandelsorganisation WTO im Jahr 2005, die mit dem Inkrafttreten des TLC zusammenfallen wird, stellt die grösste Bedrohung für Zentralamerika dar. China werde die Position übernehmen, die Mexiko derzeit als Handelspartner für die USA darstellt, so Enrique Lacs, Analyst für den guatemaltekischen Privatsektor.

Man geht davon aus, dass die 962 Unternehmen in der Region (einschliesslich ProduzentInnen sowohl von Textilien als auch von Accessoires) nicht in der Massenproduktion von Kleidung konkurrieren können. Ihre Zukunft hängt unter anderem davon ab, inwieweit sie ihre örtliche Nähe zu den Vereinigten Staaten auszunutzen wissen, wobei sowohl der Service, die Qualität sowie die Agilität der Unternehmen zu verbessern sind, um die Nischen des Marktes in den USA zu erschliessen.

Das Problem seien weder die Zölle, die Zugangshindernisse noch der Transport, so Lacs. Das Problem sei der Wettbewerb.

Laut Luis Estrada, Direktor von VESTEX, müsse Guatemala seine Produktionskosten um 30% verringern, um auf internationalem Niveau konkurrenzfähig zu bleiben. Obwohl er nicht näher auf die Einsparungsmöglichkeiten eingehen wollte, ist es kein grosses Geheimnis, dass der *maquila*-Sektor sehr arbeitskraftintensiv ist, und der Grossteil der Kosteneinsparungen im Bereich der Lohnkosten vorgenommen werden müssten.

Derzeit besteht selbst in Zentralamerika eine grosse Gehaltsspanne, die zwischen US\$11,28 am Tag in Costa Rica und US\$ 1,94 in Nicaragua schwankt.

Anstatt sich zu verringern, wird der Druck auf die Kosten der Arbeitskraft und die Produktivität also sehr wahrscheinlich deutlich steigen, da die Notwendigkeit bestehen bleiben wird, in einem immer stärker am Wettbewerb orientierten Ambiente Geschäfte zu machen.

TLC: auf der Suche nach dem „CBI-PLUS“

Auch wenn die Verhandlungen des Freihandelsabkommens zwischen Zentralamerika und den USA bis zum Ende des Jahres 2003 abgeschlossen sein sollen, kann sich

dessen Ratifizierung noch ein Jahr lang hinziehen, da sowohl in den USA als auch in El Salvador im Jahr 2004 Präsidentschaftswahlen stattfinden, die den Prozess verkomplizieren können.

Die AnalystInnen des Sektors glauben, dass das Abkommen etwa ab 2005 erste Effekte zeigen wird. Aufgrund der Erfahrungen mit dem NAFTA, dem Freihandelsabkommen zwischen den USA und Mexiko, rechnen sie nicht vor dem zweiten Jahr nach Inkrafttreten des TLC mit wirtschaftlichen Auswirkungen in Bezug auf die Situation der Arbeitsplätze, Investitionen und Devisen.

Von Seiten der Vereinigung VESTEX wird kein Wachstum hinsichtlich der Anzahl der Unternehmen erwartet, jedoch werden die Produktionskapazitäten der bestehenden Fabriken zunehmen müssen.

Die BetreiberInnen der *maquilas* haben zwei grosse Sorgen in Bezug auf die wirtschaftlichen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten: dass die Ergebnisse die Verhandlungsbasis verbessern, die bereits mit dem aktuellen Gesetz zur Handelsvereinigung (CBTPA) besteht, und ihnen weitere Auflagen u.a. in Bezug auf die Gewährung von Rechten für die Arbeitenden bescheren, und dass die Pflicht zur Herkunftsdeklaration keine Nachteile für die Region mit sich bringt gegenüber den Ländern des Andenpakts (Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien, Venezuela), Afrika und Asien.

Für die Region hat das Problem des Handels nichts mit Zolltarifen zu tun, die im Allgemeinen relativ niedrig und für viele Bekleidungsprodukte sogar nicht existent sind. Im Fall der *maquilas* besteht das Problem im Zusammenhang mit Herkunftsregeln und Arbeitsnormen. In Bezug auf den ersten Aspekt traten die USA nur unter der Bedingung in die Verhandlungen ein, dass die Produktbestandteile, wie Fäden, Stoffe, Knöpfe etc., aus den Vereinigten Staaten zu stammen hätten. Währenddessen beschwerten sich die zentralamerikanischen ProduzentInnen, dass die nordamerikanischen Materialien teurer seien und sie nicht mit den Fabrikationsstätten aus anderen Regionen konkurrieren könnten, wo nicht so strenge Herkunftsregeln herrschten.

In Bezug auf die Situation der Arbeitsnormen erklärt ein Analyst von VESTEX, dass die Arbeitsgesetze für die *maquilas* ähnlich sein werden wie die Hygienevorschriften im Fall des Exports von Früchten und Gemüse. Diese Vorschriften würden während der Erntezeit in den USA deutlich verschärft. In gleicher Weise wird erwartet, dass im Falle eines Überangebots an Kleidung

die Vereinigten Staaten die Beobachtung der Arbeitsrechtssituation in den Handelspartnerländern verstärken wird.

In Richtung eines wettbewerbsfähigeren Sektors

Für die UnternehmerInnen von *maquilas* ist die Zukunft des Sektors sehr komplex. Die Freihandelsabkommen TLC und ALCA (ganz Amerika betreffend) stellen gleichzeitig Bedrohung und Chance dar, und für das Überleben des Sektors bedarf es wichtiger Veränderungen sowohl auf der Ebene jeder einzelnen Fabrik wie auf der jeweiligen Landesebene.

Zum Abschluss des anfangs erwähnten *maquila*-Gipfels in El Salvador stellten die Anwesenden die Prioritäten für den Sektor auf: den Zugang zu Krediten für die ProduzentInnen verbessern, die Infrastruktur und das Zollsystem modernisieren, den Kundenservice und die *Promotion* des Sektors verbessern, die Auslieferung der Materialien und den Produktionszyklus beschleunigen und erreichen, dass in Bezug auf die Lieferzeit immer kleinere und immer anspruchsvollere Bestellungen bearbeitet werden können.

„Wenn wir nicht zügig Veränderungen vornehmen, werden wir keine Zukunft haben“, warnte ein Teilnehmer in seinem Abschlussvortrag.

Währenddessen hat die internationale Aufmerksamkeit in Bezug auf die Verletzung der Arbeitsrechte in Guatemala deutlich zugenommen. Allein zwischen Mai und Mitte Juli diesen Jahres sind 37 entsprechende Anzeigen beim Wirtschaftsministerium (MINECO) eingereicht worden.

Von diesem und dem Arbeitsministerium wurden die Unternehmen, denen die Vergehen vorgeworfen werden, gewarnt, dass sie drastisch verfolgt würden.

Dagegen versicherten UnternehmerInnen und AnalystInnen, dass die Regierung unter politischem Druck agiere und mit den derzeitigen Vorkommnissen einen ungünstigen Präzedenzfall für die Investoren setze. Zudem würden die Autoritäten internationalen Organisationen gehorchen, die die Realität des Landes nicht kennen.

Als Beispiel für die aktuelle Situation kann eine Sitzung im Wirtschaftsministerium dienen, bei der die zuständigen Verantwortlichen der Regierung mit denen der Textilindustrie der Firmen *Chichin, S.A.* und *Cimatextiles, S.A.* sowie VertreterInnen der Gewerkschaften beider Unternehmen öffentlich über

die Probleme diskutierten.

Als Zeugen waren VertreterInnen der US-amerikanischen Firma *Liz Clairbone*, bei der beide *maquilas* unter Vertrag stehen und Mitglieder der Gewerkschaftsvereinigung *Fair Labor Association, FLA*, ebenfalls aus den Vereinigten Staaten, zugegen.

Anfang Juni hatte das Wirtschaftsministerium die genannten Firmen der Verletzung von Arbeitsrechten angeklagt. Laut Wirtschaftsministerin Patricia Ramírez würden die Akten minutiös unter die Lupe genommen und das Gesetz mit aller Strenge angewendet. „Wir sind uns klar über die Kosten, die für das Land entstehen, wenn diese Unternehmen geschlossen würden, aber wir glauben, dass der Nutzen auf mittlere und lange Sicht grösser ist, wenn das Gesetz erfüllt wird,“ so Ramírez.

Arbeitsminister Victor Moreira berichtete, dass die Mehrheit der eingereichten Anzeigen sich auf „ungerechtfertigte“ Kündigungen gegen schwangere Frauen und GewerkschaftsführerInnen beziehen würde. Aber auch überlange Arbeitszeiten und inadäquate Arbeitsbedingungen in den Fabriken gehören zu den Ursachen der Beschwerden. Moreira erklärte, dass die Sanktion gegen die Unternehmen darin bestehe, den Gewinn des Dekrets 29-82 zu streichen, das die *maquiladoras* von der Zahlung der Einkommenssteuer befreit und ihnen die Mehrwertsteuer für Exporte zurückzahlt. Diese Strafe ist im Gesetz für den Fall von Arbeitsrechtsverletzungen festgeschrieben.

¡Fijate!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijate!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treck

Abos:

¡Fijate!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Plataforma Agraria: Die Regierung hat versagt

Guatemala, 18. Aug. Im vergangenen Dezember erklärte Präsident Alfonso Portillo eine nationale Notsituation und versprach, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um der von den fallenden Kaffeepreisen betroffenen Bevölkerung die Ernährungssicherheit zu garantieren. Im Februar konkretisierte er dann sein Versprechen und sprach davon, Lebensmittel zu verteilen und den arbeitslosen KaffeepflückerInnen Land zur Verfügung zu stellen, damit sie Mais und Bohnen zur Selbstversorgung anpflanzen können.

Die Kaffeekrise hat unterdessen auch in den Regionen San Marcos und Quetzaltenango zu akuter Lebensmittelknappheit unter der Bevölkerung geführt, was sich vor allem auf schwangere Frauen und Kinder gesundheitsschädigend auswirkt. Die Leute, ihrer Haupteinnahmequelle, dem Kaffeepflücken, beraubt, weichen in den informellen Sektor aus, doch verdienen sie auch in diesem Bereich nicht genug, um ihre Familien zu ernähren. Immer öfter nehmen deshalb Eltern ihre Kinder aus der Schule und schicken sie arbeiten, damit sie etwas zum familiären Einkommen beitragen.

VertreterInnen des Zusammenschlusses *Plataforma Agraria* kritisieren die Regierung, ihr Versprechen nicht oder nur halb eingelöst zu haben. Von den fünf Vorschlägen der *Plataforma Agraria* wurden nur zwei in Angriff genommen: Landverteilung und Lebensmittelhilfe – und auch das nur halbherzig. Zwar wurden Lebensmittel verteilt, aber viel zu wenig und viel zu spät. Das für die Verteilung der Lebensmittel verantwortliche *Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung* (MAGA) hat an Stelle der versprochenen sechs bisher nur zwei Lebensmittelpakete pro Familie verteilt. Abgemacht war auch, dass die Lebensmittelverteilung im Februar hätte beginnen sollen, damit die Familien bis zur Mais- und Bohnenernte mit den Grundnahrungsmitteln versorgt wären. Das MAGA begann aber erst im Juli (nachdem die BäuerInnen Ende Juni Demonstrationen in der Hauptstadt durchführten) mit der Verteilung von Lebensmitteln und zwar nur an 40 Tausend statt an 70 Tausend Familien.

Die anderen, von der *Plataforma Agraria* geforderten Massnahmen, wie Landverteilung, Konfliktbearbeitung bei Arbeitskonflikten und produktive Projekte für die arbeitslosen KaffeepflückerInnen blieben bisher mangels Geld auf der Strecke.

Nicht nur ernährungstechnische sondern auch arbeitsrechtliche Proble-

me haben die von der Kaffeekrise betroffenen PflückerInnen zu vergebewärtigen. Bedingt durch die niedrigen Weltmarktpreise, werden auf den Fincas nur noch temporär ArbeiterInnen eingestellt. Damit entledigen sich die Finca-besitzerInnen der Verantwortung, ihre Angestellten ganzjährig zu versorgen, und diese wiederum verlieren sämtliche Arbeitsrechte, da die Situation der „temporären Anstellung“ im guatemaltekischen Arbeitsgesetz nicht existiert. Temporär Arbeitenden wird auch nicht das Recht zugestanden, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Verschiedene, in der Dachorganisation CNOC zusammengeschlossene BäuerInnenorganisationen haben nach einem zweijährigen Diskussions- und Analyseprozess den Vorschlag für die Änderung von 45 Artikeln des guatemaltekischen Arbeitsgesetzes ausgearbeitet. Die CNOC will damit erreichen,

dass auch temporär und nicht organisierte Angestellte ein Recht auf Sozialversicherung, Mindestlohn, Ferien, Bildung und Weiterbildung und auf das 13. Monatsgehalt haben. Der Vorschlag der CNOC befindet sich im Moment in einem Ratifizierungsprozess innerhalb der sozialen Organisationen, von denen man sich Unterstützung für diese Gesetzesänderung erhofft, und soll im ersten Semester 2004 dem Kongress vorgelegt werden.

Dieser Gesetzesvorschlag widerspricht gänzlich demjenigen, den die Landwirtschaftskammer im Mai präsentiert hat. Sie nämlich will den Mindestlohn abschaffen und die ArbeiterInnen nach Leistung bezahlen. Ausserdem fordert die Landwirtschaftskammer vom Staat, das Privateigentum juristisch besser zu schützen, was, zusammen mit Dialogmechanismen, die Landkonflikte verringern soll.

Vorstandstreffen ins Gefängnis verlegt

Guatemala, 14. Aug. „Mit zitternden Händen und auf seine Unschuld beharrend“, so die Presse, wurde Carlos Wohlers, Ex-Präsident des Vorstands des *Guatemaltekischen Sozialversicherungsinstituts* IGGS und Abgeordneter der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) wegen Betrugs in Millionenhöhe verhaftet und ins Gefängnis gebracht. Hier nahmen ihn seine IGGS-Vorstandskollegen César Augusto Sandoval, ehemaliger, von Wohlers benannter Geschäftsführer, Rigoberto Dueñas, Vertreter des Arbeitssektors im Vorstand und Rolando Waldemar Castañeda Lemus, Vertreter der Universität San Carlos, in Empfang, die teilweise bereits seit Anfang Juni in Haft sind, als entdeckt worden war, dass rund US-\$ 30 Mio. aus dem Pensionsfonds des Instituts „verschwunden“ waren (siehe ¡fijáte! 287).

Wohlers hatte sich in Begleitung seiner Verteidigerin mit der Absicht vor dem Richter der 10. Strafkammer, Ottoniel López, präsentiert, einem Haftbefehl zu entgehen und, seinen guten Willen zeigend, die Folgen für sich zu mildern.

Während Wohlers vor der Presse seine Verantwortung für den Verlust der 239 Mio. Quetzales bestritt, die in einem Treuhandfonds deponiert und abschliessend für den Kauf von überbewerteten Grundstücken genutzt worden waren, befand Richter López die vorliegenden Beweise für ausreichend, um Wohlers ins Gefängnis zu schicken. Diesem werden neben Unterschlagung und Betrug auch Geldwäsche vorgeworfen.

Am selben Tag wurde dem Kon-

gress ein Bericht über die aktuelle Situation des IGGS vorgelegt. Laut diesem summieren sich inzwischen die geplünderten Millionen Quetzales auf 960 (ca. US-\$ 121 Mio.), von denen die Hälfte noch nicht wieder aufgetaucht ist. Ein Teil des Geldes befindet sich noch im Ausland, ein weiterer ist auf den Namen von Dritten geschrieben. Der Iterims-Präsident des IGGS, Jorge Pérez, konnte auch nicht garantieren, dass die gesamte Summe wieder auftauchen wird.

Derweil wurden von den Vereinten Nationen zwei kanadische Ermittler entsendet, um über die *Einheit des Kampfes gegen Korruption und das organisierte Verbrechen* die guatemaltekische Staatsanwaltschaft bei den Untersuchungen im Fall IGGS zu unterstützen.

Der ehemalige IGGS-Geschäftsführer Sandoval versuchte unterdessen, Kapital aus seiner Lage zu schlagen. Er beantragte ein Verfahren gegen die ANN-Abgeordnete Nineth Montenegro und die Zahlung von 1 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 125'000) für die Schäden, die er, „beleidigt in seiner Ehre“ erlitten hatte, nachdem Montenegro ihn wegen der Unstimmigkeiten im IGGS kritisiert hatte. Doch der Antrag wurde abgelehnt.

Auch die Initiative der Opposition, dem IGGS seine Autonomie wiederzugeben und grundsätzliche Veränderungen einzuführen, scheiterten, da die FRG beim Vorschlag einer Abstimmung darüber so viele ihrer AnhängerInnen aus dem Plenum schickte, bis die dafür erforderliche Mindestanzahl an Stimmberechtigten nicht mehr gegeben war.

Gemeinsam gegen den Betrug

Guatemala, 15. Aug. Einen Monat, nachdem das Verfassungsgericht der Einschreibung von Ríos Montt als Präsidentschaftskandidat grünes Licht gegeben, und zwei Wochen, nachdem SympathisantInnen der Regierungspartei FRG mit Gewalt die Strassen der Hauptstadt eingenommen hatten, versammelte sich die *Soziale Volksbewegung* und marschierte für Demokratie, Transparenz der Wahlen und gegen Straflosigkeit.

Für die Demonstration, an der etwa Tausend Personen teilnahmen, war ein symbolträchtiger Weg durch das historische Zentrum der Hauptstadt gewählt worden. Sie begann beim Obersten Gerichtshof, und am Verfassungsgericht entlang endete sie schliesslich vor dem Nationalpalast. Diverse Menschenrechtsgruppen reihten sich mit ein und drückten ihre Ablehnung der Verfassungsignoranz und gewalttätigen Aktionen der FRG durch Transparente und Ríos Montt als Teufel darstellende Pappmaché-Puppen aus, von denen eine am Ende auf dem Zentralplatz verbrannt wurde. An allen Zäunen und Türklinken, die am Weg lagen, hingen schliesslich weisse Bänder, die sich auch die an der Demonstration Teilnehmenden umgebunden hatten als Ausdruck des Friedens, der Forderung nach Wahltranspa-

renz und Säuberung des Justizsystems. Begleitet wurde der Zug von BeobachterInnen des Menschenrechtsprokurats (PDH), die aufgrund der gewalttätigen Vorfälle in den letzten Wochen, darunter der „Schwarze Donnerstag“, sowie die sich weiterhin häufenden körperlichen Bedrohungen und Angriffe gegen AktivistInnen und Mitglieder verschiedener Parteien befürchteten, dass auch diese, als friedlich geplante Aktion, angegriffen und in Gewalt ausarten könnte. Eine Sorge, die sich glücklicherweise nicht wahrheitete.

Zudem hatte wenige Tage vorher eine Gruppe von bekannten AktivistInnen, PolitikerInnen und v.a. die Mitglieder der die Demonstration organisierenden *Zivilen Front für die Demokratie* einen per Post versendeten Drohbrief erhalten, in dem sie unflätig beleidigt und gewarnt wurden. Die Absender bezeichneten sich als „die wahren Guatemaltekinnen“.

Auch die *Nationale Zivilpolizei* (PNC) war zugegen und bewachte die drei markanten Staatsgebäude, die auf dem Weg lagen.

„Es ist notwendig, eine Bewegung der Basis und der friedlichen Resistenz gegenüber der aktuellen Situation zu stärken, in der die Verfassung verletzt wird. Es ist eine Demütigung für Guate-

mala, das jemand als Präsidentschaftskandidat kandidiert, der für den Völkermord im Land verantwortlich ist,“ meint Miguel Albizures von der *Allianz gegen Straflosigkeit*. Auch Angehörige von Verschwundenen und Opfern des Genozids waren anwesend. „Denn der Schmerz des Blutes wird nicht vergessen – Nein zum Völkermörder“, war eine der Parolen, die von den DemonstrantInnen wiederholt wurden. Zu diesen gehörten auch Sätze wie: „Ja zum Leben, Nein zum Genozid“, „Guatemala, lasst uns wählen, die Stimme ist geheim“ oder „Die Eltern der Korruption haben die Verfassung verletzt.“

Francisca Osorio vom *Kollektiv der EinwohnerInnen* rief die Guatemaltekinnen in der Abschlusskundgebung dazu auf, „alles zu versuchen, am Tag der Wahlen zu den Urnen zu gehen, um einen Betrug zu vermeiden und dem Klima der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, das sich in den letzten Monaten verschärft hat.“ „Guatemala sind wir alle“, so Sandra Muralles von der *Zivilen Front für die Demokratie*. „Es ist Zeit für einen offenen und ehrlichen Dialog mit allen Sektoren des Landes.“

Auch ein Bürger ergriff das Wort: „Die Wahlstimme ist nicht dafür da, dass sie missbraucht wird, sondern dass sie respektiert wird.“

Militärmanöver

Guatemala, 18. Aug. Die BäuerInnenorganisation CUC zeigte „seltsame“ Bewegungen auf der Finca El Maguey, Fraijanes, kaum 17 km von der Hauptstadt entfernt, an, die wohl von der Staatsanwaltschaft ausgingen. Zu nächtlicher Stunde drehten Autos mit unerkennbarem Nummernschild ihre Runde auf der Finca und verbreiteten Angst unter der bäuerlichen Bevölkerung, die eine erneute aussergerichtliche Räumung des Geländes befürchtet. Im April dieses Jahres hatten 200 Mitglieder des Militärs und der Polizei das Dorf völlig verwüstet, das sich auf dem Gelände der Finca niedergelassen hatte. Wie zu schlimmsten Kriegszeiten wurden die 85 Wohnstätten, die Felder und jegliche Infrastruktur dem Erdboden gleichgemacht und angezündet.

Zwar hatte die *Bäuerliche Unternehmens-Vereinigung San Antonio*, die die auf der Finca ansiedelnde Bevölkerung gegründet hatte, durch harten Kampf erreicht, dass Präsident Alfonso Portillo die Regierungsvereinbarung 223-2003 verkündete, die die Vereinigung als rechtmässige Eigentümerin der Immobilie autorisierte. Doch Portillo änderte schon bald seine Meinung und ver-

abschiedete ein neues Dekret, das „den Interessen des Staates entspreche“ und dem Militär zu Gute kommt, das mit 200 eigenen Leuten und der Unterstützung von 400 Mitgliedern der Anti-Meuterei-Einheit der Polizei und der Staatsanwältin Celeste Díaz im Juli erneut mit Gewalt in die Finca eindrang und Wohnhäuser und die Schule in Brand setzte.

Aktueller Plan der Regierung ist es, auf dem Terrain der Finca einen Gebäudekomplex für 900 Appartements im Wert von 24 Mio. Quetzales (rund US-\$ 3 Mio.) zu bauen, der als Ruhesitz für etwa 900 ehemaligen MilitärspezialistInnen gedacht ist.

Die BäuerInnenorganisation CUC verurteilt diese Initiative des *Vorsorge-Instituts des Militärs* (IPM) scharf und klagt ihre Rechte ein. Es liegt nicht nur der Verdacht nahe, dass der Generalstabschef Enrique Ríos Sosa, der als Sohn von Efraín Ríos Montt vor wenigen Monaten dieses Amt übernommen hat, seine Finger mit im Spiel hat. Die Bekanntgabe des Wohnbauprojekts hat zudem enthüllt, dass an der Bauausführung die Firma *Pension Fund Of America* und deren Partner beteiligt sein werden, die wegen des Millionenbetrugs im

Guatemalteckischen Sozialversicherungsfonds IGGS bzw. der kürzlich entdeckten Unterschlagung von ca. US-\$ 22 Mio. im *Vorsorge-Institut des Militärs* selbst involviert und angeklagt sind.

Derweil offenbart der zweite Entwicklungs-Bericht über Zentralamerika und Panama 2003 des *Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen* (PNUD), dass Guatemala das einzige Land des Isthmus ist, das bislang noch keine Gesetzes-Veränderungen in Bezug auf die Militärinstitutionen vorgenommen habe, was eindeutig dem *Vertrag über die Stärkung der Zivilmacht und der Funktion der Armee in einer demokratischen Gesellschaft* widerspricht, der in den Friedensabkommen festgehalten ist.

Laut dieses kürzlich in Guatemala präsentierten Berichts, hat die Entmilitarisierung in der Region keine effektive Kontrolle der zivilen Regierenden über die Streitkräfte zur Folge gehabt. Stattdessen hätten die Reformen des juristischen Rahmens, der die Militärinstitution reguliert, nur teilweise oder gar nicht stattgefunden. Damit sind die wichtigsten Punkte der 1996 unterzeichneten Friedensverträge unerfüllt geblieben.

Cerigua präsentiert Studie über Frauen in den Medien

Guatemala, 13. Aug. Die guatemaltekischen Massenmedien spiegeln in Nichts die vielfältigen Rollen wider, die Frauen in der Gesellschaft spielen und legen keinen Wert darauf, was Frauen sagen oder machen. Zu diesem Schluss kommt die Studie „Die Präsenz von Frauen in den Medien“, welche die Nachrichtenagentur CERIGUA anlässlich ihres zwanzigsten Jubiläums vorstellte.

Untersucht wurden die wichtigsten Tageszeitungen, Radio- und Fernsehstationen in der Zeit von August 2002 bis Juli 2003. Die häufigsten Themen in diesen Medien gehören in die Rubrik „Unfälle und Verbrechen“ (1'389 Meldungen), „Meinungsumfragen“ (1054), „soziale Entwicklung“ (604) und „Justiz“ (263), während sich nur 140 Meldungen explizit mit der Geschlechterfrage befassten. In den insgesamt 5'387 Nachrichten, in de-

nen Frauen Protagonistinnen waren (nicht untersucht wurden Werbung, LeserInnenbriefe, Beilagen und internationale Meldungen), werden sie 1182 mal als Opfer dargestellt, 684 mal als Hausfrauen/Mütter und 644 mal als „gewöhnliche“ Bürgerinnen. Am wenigsten erwähnt wurden Frauen in Zusammenhang mit Arbeit und Politik. In der Mehrheit sind es kurze Artikel, in denen Frauen als Hauptpersonen vorkommen. Inhaltlich übertreffen die Radios in ihrer Berichterstattung über Frauen die Print- und visuellen Medien. Die Meldungen über Frauen machen bloss 2,6% aller Nachrichten aus, was laut CERIGUA beweist, dass in der Öffentlichkeit kein Interesse an den Lebensrealitäten und Forderungen von Frauen besteht.

Im Gegensatz zu dieser tristen Statistik hat CERIGUA selber in der gleichen Zeitspanne monatlich rund 425 Meldun-

gen veröffentlicht, wovon in durchschnittlich 56 (13%) Frauen die Protagonistinnen waren.

Bereits seit Januar 2002 führt CERIGUA eine Untersuchung der Berichterstattung über die Ermordung von Frauen in der Hauptstadt durch. Laut Presse wurde die Mehrheit dieser Frauen mit Schusswaffen getötet. Die gewalttätigsten Monate waren September und Dezember 2002 mit 22 bzw. 21 Frauenmorden. Viele der Frauen wurden vor der Ermordung vergewaltigt. Entgegen der allgemein verbreiteten Meinung, dass es bei den Morden an Frauen in erster Linie um interne Abrechnungen von *maras* geht, die der Kontrolle der Regierung und der Polizei entglitten sind, zeigt die Untersuchung von CERIGUA, dass vergleichsweise viele Frauen bei Überfällen auf städtische und Überlandbusse ermordet werden.

maras als Sündenböcke

Guatemala, 21. Aug. Als hätten sie es abgesprochen, veröffentlichten die verschiedenen Tageszeitungen Guatemalas in den letzten Wochen ausführliche Reportagen über die *maras* (Jugendbanden), die vor allem in der Hauptstadt für Angst und Unsicherheit sorgen. Die einzelnen Artikel zeichnen sich dadurch aus, dass sie das Phänomen der *maras* unabhängig vom politischen und sozialen Klima im Land behandeln und entsprechend auch nur kurzfristige Lösungsvorschläge präsentieren. Der Grundtenor der Artikel lautet: Die *maras* kontrollieren den Drogenhandel, erpressen die Buschauffeure bzw. überfallen deren Fahrzeuge, sind verantwortlich für die zunehmenden Morde an Frauen, haben ganze Stadtteile unter ihrer Herrschaft, bringen Leute wegen eines Mobiltelefons oder weniger um, etc. Um dem Thema noch etwas Brisanz hinzuzufügen, werden lateinamerikanische Vergleiche und die Schlussfolgerung gezogen, dass es nirgends so schlimm sei wie in Guatemala. Seit einem Monat führt die Polizei die „Aktion Besen“ durch, deren Name allein schon das wahrscheinliche Scheitern des Projekts ankündigt, denn einfach wegkehren kann man das Problem der *maras* nicht. Doch vorläufig spricht die Polizei von einem Erfolg, allein in der Hauptstadt hat sie im Verlauf dieses Monats über 500 Personen, sogenannte *mareros* oder *pandilleros*, verhaftet.

Ohne die *maras* und die Gewalt, die sie ausüben, verharmlosen zu wollen, ist es offensichtlich, dass das Thema aufgebauscht wird, um von anderen dringlichen, das Land betreffenden Problemen abzulenken. Und der Trick klappt: Das Thema ist in aller Munde und alle haben etwas dazu zu sagen.

Während die einen ein härteres Durchgreifen der Polizei fordern und Be-

strafung als das einzige Mittel der Abschreckung und Erziehung sehen, fordern andere längerfristige Strategien, die darauf abzielen, den Jugendlichen ökonomische und soziale Alternativen zu bieten und sie in die Gesellschaft einzugliedern.

Den Moment nutzend präsentierten Kongressabgeordnete der PAN am 19. August einen Gesetzesentwurf um den Artikel 396 der Strafgesetzzordnung zu revidieren. Im aktuellen Gesetz heisst es: Diejenigen begehen das „Delikt der organisierten Straftat“, die sich in Gruppen zusammenschliessen, um ein Verbrechen gegen Personen oder Güter zu vergehen und geplant und organisiert die Menschenrechte der BürgerInnen bedrohen oder verletzen. Im Gesetzesvorschlag gilt nun allein das Zusammenstehen oder Gruppieren im öffentlichen Raum als be-

drohend und strafbar. Als *mara* oder Jugendbande gilt, wer sich organisiert, um sich gegenseitig oder Dritte zu bedrohen, wer irgendwelche Waffen bei sich trägt, wer Symbole braucht, um sich von anderen abzugrenzen, oder wer Riten jedwelter Art praktiziert.

In der Praxis läuft das laut Alejandra Vázquez von der *Sozialen Bewegung für die Rechte der Kinder und Jugendlichen* darauf hinaus, dass Jugendliche aus den marginalisierten Stadtteilen, die lange Haare und Tattoos tragen, massenweise verhaftet werden, und die Verbrechen, die erwachsene Menschen aus gehobeneren Schichten begehen, straflos bleiben. Vázquez spricht von einer „Kriminalisierung der Armut“ und fordert die Regierung auf, endlich ihre Verantwortung in dieser Sache wahrzunehmen.

Private Sicherheit

San José, Costa Rica, 30. Juli. In Zentralamerika leben rund 34 Millionen Menschen. Gemäss einer kürzlich durchgeführten Studie gibt es in der Region 1098 registrierte, d.h. offizielle private Sicherheitsunternehmen, in denen rund 93'300 Personen angestellt sind. Dies im Gegensatz zu den insgesamt etwa 64'300 PolizistInnen.

Die Studie, herausgegeben von der Stiftung *Arias para la Paz*, kommt zum Schluss, dass die Zunahme privater Sicherheitsfirmen und die fast nicht vorhandene Kontrolle über diese seitens der jeweiligen Regierungen das Risiko einer Militarisierung der Region in sich bergen. Dazu kommt ein sogenannter Interessenskonflikt, sind doch oft die Besitzer aber auch die Angestellten dieser Unternehmen ehemalige oder noch aktive Militärs oder Polizisten. Die Unternehmen bieten ihren Service sowohl Privatpersonen wie

auch staatlichen Institutionen und Banken an. Die Schulbildung der Angestellten lässt oft zu wünschen übrig und ist auf alle Fälle schlechter als die von Staatsangestellten, meist haben sie auch keine spezielle Ausbildung genossen, um diese doch recht verantwortungsvolle Aufgabe zu erfüllen.

Die mangelnde Kontrolle, die seitens der Regierungen über die Sicherheitsagenturen ausgeübt wird, fördert auch den illegalen Waffenhandel. Ein weiteres Problem bietet die Abrichtung von Drogenhunden, die den Besitz von Drogen voraussetzt. Diese Art von Ausbildung sollte deshalb ausschliesslich von staatlicher Seite übernommen werden, was leider nicht der Fall ist.

Guatemala ist das Land Zentralamerikas mit den meisten privaten Sicherheitsagenten: 25'000 private im Vergleich zu 19'000 staatlichen, sprich PolizistInnen.

Wahlbarometer

Rückzieher

Der Unternehmer Rodolfo Paíz Andrade, Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Union (UD) für die Allianz „Das Beste für Guatemala“ hat seine Kandidatur zurückgezogen und angekündigt, seine Partei werde der Grossen Nationalen Allianz (GANA) von Oscar Berger beitreten. Sein Rückzug begründete er mit seiner „Liebe zu Guatemala“. Berger seinerseits äusserte sich zufrieden über die Unterstützung der UD und bezeichnete den Rückzieher von Paíz Andrade als patriotische Tat. Die beiden anderen Parteien, die zusammen mit der UD die Allianz „Das Beste für Guatemala“ bildeten, zeigen sich beleidigt. Die „Bewegung Prinzipien und Werte“ von Francisco Bianchi, der als Vizepräsident für die Allianz kandidierte, will nun gar nicht mehr an den Wahlen teilnehmen, die dritte im Bunde, die Nationale Union (UN) will sichtlich nicht zur GANA übertreten und überlegt sich noch, welchen Kandidaten sie unterstützen will.

Ricardo Bueso, ebenso Unternehmer und Kandidat der Christdemokratischen Partei Guatemalas (DCG) zog seine Kandidatur ebenfalls zurück. Damit protestiert er gegen die vier Richter des Verfassungsgerichts, die eine Kandidatur von Ríos Montt ermöglichten. An den Wahlen teilzunehmen würde bedeuten, sich mit der Kandidatur von Ríos Montt einverstanden zu erklären, weshalb er seinerseits lieber ganz darauf verzichte, erklärte Bueso. Auf Bürgermeister- und Kongressebene ist die DCG jedoch weiter mit von der Partie. Dabei spielt eine wichtige Rolle, dass DCG-Mitglied Vinicio Cerezo Arévalo, der von 1986 bis 1991 amtierender Präsident Guatemalas war, weiterhin einen Kongresssitz innehat, um seine Immunität nicht zu verlieren und somit nicht für sein Tun während seiner Regierungszeit zur Rechenschaft gezogen werden kann.

Nicht ganz überraschend erklärte auch Rigoberto Quemé Chay, er werde nicht für die Präsidentschaft kandidieren. Nachdem sich *Transparencia*, der eine Bündnispartner der Allianz, für die Quemé Chay kandidierte, bereits einige Tage vorher ausgeklinkt hatte, machte Quemé seine Kandidatur nun davon abhängig, ob Nineth Montenegro die Nationale Liste der Kongressabgeordneten anführe. Diese befand sich offenbar in einem ANN-parteiinternen Zwist mit Jorge Ismael Soto (alias Pablo Monsanto), welcher auch diesen Listenplatz anstrebte. Wie es scheint, ist Soto als Sieger aus diesem Streit hervorgegangen, Montenegro besetzt nun den obersten Platz der Liste des Departements Guatemala-Stadt.

Quemé Chay erklärte hiermit seine Aspirationen auf die Präsidentschaft als beendet und will wieder als sozialer Akteur ins politische Geschehen des Landes eingreifen. Die ANN geht voraussichtlich ohne Präsidentschaftskandidaten ins Rennen, und Nineth Montenegro will sich noch überlegen, wie ihre politische Zukunft aussehen wird.

Vorsorgen und Beobachten

Das Menschenrechtsprokurat (PDH) hat ein Formular entwickelt, das in all seinen lokalen Filialen erhältlich ist und mit dem die Bevölkerung Unregelmässigkeiten im Wahlprozedere anzeigen kann. Ausserdem teilte der Ombudsmann, Sergio Morales, mit, dass er in allen Departements Teams von Freiwilligen zusammenstelle, die die Wahlen begleiten und beobachten werden. Diese Teams sollen zwischen fünf und zehntausend Personen umfassen, alle Freiwilligen werden eine entsprechende Einführung erhalten, die sie auf ihre Aufgabe vorbereitet. Dazu gehören: Überwachung der Öffnungs- und Schliesszeiten der Wahllokale, die Kontrolle, ob der öffentliche Verkehr zu den Wahllokalen gewährleistet ist und das Anzeigen aller Anzeichen von Wahlbetrug.

Die Vorsorge der PDH scheint notwendig zu sein. Das oberste Wahlgericht teilte mit, dass die wöchentlichen Sitzungen mit den lokalen Wahlvorständen jeweils zu reinen Denunziertreffen verkämen. Aus allen Landesteilen werden Manipulation des Wahlregisters und Unregelmässigkeiten beim Einschreibeprozedere gemeldet.

Vetternwirtschaft bis zum Letzen

Am 9. August führte die FRG eine ausserordentliche Parteiversammlung durch, an der die KandidatInnen für den guatemalteki-schen Kongress, für das Zentralamerikani-sche Parlament (PARLACEN) und für einige Bürgermeisterämter bestimmt wurden. Auf den Listen der FRG figurieren unter anderem Familienangehörige von General Efraín Ríos Montt, Mitglieder der PAC sowie die OrganisatorInnen der Proteste vom 24. und 25. Juli: Als Kongressabgeordnete für das Departement Petén kandidiert die Präsidentin der Vereinigung der Ex-PAC, Rosenda Pérez, die Liste des Departements Guatemala-Stadt wird von Lucrecia Marroquín de Palomo angeführt, der Ehefrau eines der Verfassungsrichter, die sich für die Kandidatur von Ríos Montt aussprachen. Ebenfalls auf dieser Liste kandidiert der Abgeordnete Jorge Arévalo, der als einer der Anführer der Unruhen von Ende Juli identifiziert wurde. Auf der nationalen Liste kandidieren Zury Ríos Sosa, die Tochter von Ríos Montt an erster Stelle, gefolgt von Antonio Arenales Forno, Pedro Palma Lau (Ex-Guerillero), Ingrid Argueta Sosa (Nichte von Ríos Montt) und Waleska Sánchez (Sekretärin von Zury). Ingrid Argueta Sosa und Waleska Sánchez sind ebenfalls Anstifterinnen des Protests vom 24. und 25. Juli. Für das PARLACEN kandidieren Juan José Rodil Peralte, Juan Francisco Reyes Wild (Sohn des aktuellen Vizepräsidenten) und Marvin Arístides Crespo, der Sohn des Kongressabgeordneten Arístides Crespo. Mit Bekanntgabe ihrer Nominierungen stehen diese Personen bereits unter Immunitätsschutz, es kann im Zusammenhang mit den gewalttätigen Ausschreitungen, bei denen sie durch Fotos und Filmaufnahmen bewiesenermassen aktiv beteiligt waren, also rechtlich nicht gegen sie vorgegangen werden.

Wahlkampagne im Internet

Guatemala, 17. Aug. Ein Präsidentschaftskandidat und fünf Parteien haben ihre Wahlkampagne unterdessen auch ins Internet verlegt. Ein Streifzug durch die verschiedenen Seiten lässt erahnen, auf welchem niedrigerem Niveau die Kampagnen geführt werden. Auch technisch sind die Präsentationen unterschiedlich. Zu den attraktiveren Web-Auftritten gehört der von Oscar Berger, Kandidat der Allianz GANA, der Informationsgehalt der Seite lässt jedoch zu wünschen übrig. Unter www.berger.com.gt finden sich sämtliche publizierten Zeitungsartikel über die Allianz und deren Aktivitäten. Die Diskurse von Berger können heruntergeladen, und in einem Chatraum nationale Themen diskutiert werden. Ein Regierungsprogramm ist nirgends zu finden, unter der Rubrik „Ideologie“ erscheint einzig der Lebenslauf von Oscar Berger. Überhaupt fällt auf, dass die ganze Seite einzig von einer Anti-Kampagne gegen Ríos Montt lebt, eigenes hat die GANA wohl nicht zu bieten.

Auf eine gut durchdachte Wahlkampagne lässt die Webseite der PAN schliessen (www.panresponde.com). Haufenweise Links lenken davon ab, dass auch die PAN über kein Regierungsprogramm verfügt. Dafür können CD's, Schlüsselanhänger und T-Shirts mit dem Logo der Partei bestellt werden. Unter der Rubrik „Musse und Kuriositäten“ findet man nackte Frauen, die sich „exklusiv für die PAN“ auf Sofas und Formel-1-Autos drapieren, für das weibliche Publikum gibt es einen halbnackten Muskelprotz zu bestaunen. Der Link, über den finanzielle Beiträge geleistet werden können, ist wegen „errores técnicos“ nicht abrufbar.

Einem technischen Fehler unterlegen scheint auch die Seite der FRG und Ríos Montt zu sein (www.frg.org.gt). Sie zu öffnen war schlicht unmöglich, gemäss der Tageszeitung *Prensa Libre* beschränkt sich aber auch dieser Internetauftritt auf die Lobhudelei ihres Kandidaten und bietet nichts an politischem Inhalt.

Auf der Seite der URNG (www.urng.org.gt) erfährt die Besucherin nebst den aktuellen Nachrichten über den Präsidentschaftskandidaten Rodrigo Asturias auch einiges über die Friedensabkommen, das *Foro de São Paolo* und andere nationale Themen. Doch auch die URNG hat auf ihrer Webseite kein Regierungsprogramm, laut Vizepräsidentenkandidat Pablo Ceto würden die Friedensabkommen ein solches ersetzen.

In zartem Grün präsentiert sich die *Unidad Nacional de la Esperanza* (UNE) mit ihrem Kandidaten Alvaro Colom, die einzige Partei übrigens, die ein Regierungsprogramm aufweist (www.une.org.gt). Unspektakulär bis langweilig sind die Seiten der Unión Democrática (www.ud.org.gt) und die der Unionistas (www.unionistas.org), die bisher nur aus der Startseite besteht, auf der sich die beiden Ladinos, Ex-Präsident und Generalsekretär der Partei, Alvaro Arzú, und der Präsidentschaftskandidat Fritz García-Gallont mit ein paar Indígena-Mädchen schmücken.